

21



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 586 890

P/XIV/212 - 19. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Vision und Wirklichkeit Zu Chruschtschows Abrüstungsvorschlag	53
2 - 3	Arbeiterwohlfahrt Reichskonferenz 1959 in Wiesbaden	98
4 - 5	Die Frau der Schweiz will mündig werden Neuer Anlauf zur Erringung des Frauenwahlrechts	87
6	Die Herbsttagung des Europäischen Parlaments Von F. Georges, Straßburg	48

\* \* \*  
\* \*

Vision und Wirklichkeit

sp - Wer unvoreingenommen Chruschtschows Vorschläge zur Abrüstung in der Welt prüft, wird zugeben müssen, dass der Ministerpräsident der Sowjetunion genau die Fragen angesprochen hat, die seit Jahren den "Mann auf der Strasse" bewegen und beunruhigen. Einfach und ohne Umschweife stellte der sowjetische Premier die Menschheit vor die Vision einer befriedeten Welt, in der es keinen Krieg mehr geben soll und in der aufkommende Konflikte zwischen den Staaten im äussersten Falle von einer Weltpolizei unterbunden werden.

Chruschtschow ist klug genug, um zu wissen, dass man ihm diese Vision nicht ohne weiteres abnehmen wird. Deshalb sagte er gleich, dass jetzt mit einer Periode internationaler Konferenzen gerechnet werden müsse, in denen man die Einzelheiten seines Vorschlages prüfen könne.

In der Sache hat Chruschtschow sein weltweites Abrüstungsprogramm mit dem Hinweis auf die Bereitschaft der Sowjetunion eingeleitet, dass in einer ersten Phase die konventionellen Streitkräfte reduziert werden sollten. Damit hat er an dem Punkt angeknüpft, an dem vor zwei Jahren der Abrüstungs-Unterausschuss der UNO in London bereits eine theoretische Einigung erzielt hatte.

Wenn nun im Augenblick behängelt wird, dass Chruschtschow keine Einzelheiten über seine Vorstellungen zur Kontrolle der Abrüstungsmassnahmen verkündete, so mag dieser Einwand berechtigt klingen. Tatsache ist jedoch, dass die seit Monaten in Genf laufenden Verhandlungen über die Einstellung von Atomwaffenversuchen und deren Kontrolle bereits zu Ergebnissen geführt haben, die der Sanktionierung bedürfen und auf denen aufbauend die weiteren

Phasen eines weltweiten Kontrollsystems festgelegt werden könnten.

Gewiss wird man bei näherer Betrachtung gerade dieses Teils von Chruschtschows Rede und im weiteren Verlauf von internationalen Verhandlungen noch auf manche Problematik und Schwierigkeit stossen. Es wird ein zähes Ringen notwendig sein, um ganz konkret Chruschtschows visionären Vorschlag erfassen und in praktische Politik umwandeln zu können. Aber das ist eine Selbstverständlichkeit, denn niemand wird sich der Illusion hingeben, dass die in Waffen starrende Welt von heute auf morgen zu einem Friedensparadies werden könnte. Auch Chruschtschow nicht!

Was Chruschtschow zu den "Übergangslösungen" und regional begrenzten Abrüstungsmassnahmen - besonders an die Adresse der europäischen Nationen - gesagt hat, geht uns natürlich in Deutschland unmittelbar an. Hier empfinden wir eine Enttäuschung, denn Chruschtschows Rede in New York ist nicht begleitet von klaren Vorstellungen auch über die Lösung der politischen Probleme in Europa.

Aber nach den Sünden der Vergangenheit wird man sich eingestehen müssen, dass als primäre Aufgabe die militärische Entspannung auch im regional begrenzten Raum vor uns steht. Nur so wird die Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme in diesem Raum geschaffen werden können. Es dürfte aber sehr viel von unserem eigenen Verhalten abhängen, ob wir die von Chruschtschow in Gang gebrachte Entwicklung günstig oder ungünstig beeinflussen.

Alles in allem: Der Westen wäre schlecht beraten, wenn er die Vorschläge Chruschtschows mit der Bemerkung abtun sollte, sie seien nur ein geschickter Propagandacoup. Niemand darf leichtfertig die Schuld für die Fortsetzung des Wettrüstens zwischen Ost und West auf sich ziehen. Wir wagen nicht auszudenken, in welchem Zustand die Menschheit sich dann in einigen Jahren befinden wird.

## Arbeiterwohlfahrt

ler, Wiesbaden

Der große Saal des Kurhauses in Wiesbaden beherbergt für einige Tage ganz besondere Gäste, Frauen und Männer, die sich dem unmittelbaren Dienst für die Hilfe am Nächsten verpflichtet fühlen. Für viele Hunderttausende von Menschen ist der Name "Arbeiterwohlfahrt" mit der Rettung aus seelischer und materieller Pein verbunden. In den Heimen dieser Wohlfahrtsorganisationen finden viele, die in den Schatten des Lebens gerieten, wieder den Glauben zu sich selbst, fanden viele Vereinsame und Verbitterte Anschluß an die Gemeinschaft, fanden heimatlose Jugendliche liebevolle Fürsorge und verständnisvolle Berufsberatung, schöpften Mütter neue Kraft und Erholung, fanden Waisenkinder Schwestern, die sich ihrer annahmen, ohne eigene Schuld in Not und Verstrickung geratene Menschen wieder den Mut zu einem neuen Beginn.

Die Arbeiterwohlfahrt gehört heute zu den Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, sie verwaltet 253 Heime mit 28.000 Betten der geschlossenen Fürsorge, 70.000 ehrenamtliche und 5.000 hauptamtliche Mitarbeiter - einschließlich der Schwestern - sind das tragende Fundament einer Organisation, deren 500.000 Mitglieder davon zeugen, daß in unserem Volk das Gefühl für Solidarität und tätige Nächstenliebe doch lebendig ist. Die Einnahmen der AWO kommen zu einem Drittel aus Mitgliedsbeiträgen, fast ebenso viel aus Sammlungen und Spenden und der Rest aus Zuschüssen von Gemeinden, Ländern und des Bundes. Die AWO zählt zu den ganz wenigen Zusammenschlüssen freier Männer und Frauen, die heute noch in Ost-Berlin erlaubt sind und tätig sein können. Was hier auf diesem stets gefährdeten Inselboden vor dem Hintergrund der deutschen Spaltung an unmittelbarer Hilfe mannigfacher Art geleistet wird, steht zwar nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit; aber umso nachhaltiger und segensreicher wirkt sich hier der Dienst am Nächsten aus. Auf dieser Brücke menschlicher Begegnungen bewahrte und bewährt sich der vor außen so bedrohte innere Zusammenhalt unseres Volkes. Die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Fürsorge für deutsche Menschen. Soweit es ihr die an der Größe der Aufgaben gemessenen recht bescheidenen Mittel erlauben, flossen und fließen diese allen Schutzbedürftigen ohne Rücksicht auf ihre Nationalität und ihren politischen Glauben zu. So etwa vor drei Jahren den in die Bundesrepublik geflohenen Opfern des ungarischen Aufstandes und zuletzt den algerischen Flüchtlingen in Tunis und Marokko. Das Wort Solidarität wird bei der AWO ganz groß geschrieben, es ist das bestimmende Gesetz ihres Wirkens.

Auf der Reichskonferenz 1959 konnte die Arbeiterwohlfahrt auf ihr vierzigjähriges Bestehen zurückblicken, unterbrochen allerdings durch die zwölf Jahre der Hitler-Diktatur. Als einzige Wohlfahrtsorganisation war die AWO von den Machthabern des Dritten Reiches verboten worden. Sie mußte nach 1945 buchstäblich vom Grunde auf neu anfangen und geriet dadurch in Nachteil zu anderen freien Wohlfahrtsorganisationen, deren materieller Bestand unangestastet geblieben war. Die Frauen gaben der wiedererstandenen AWO, wie schon 1919, ihren inneren Gehalt und ihre Wesensbestimmung. Frauen, wie Maria Juckacz, Anna Nemitz und die unvergeßliche Louise Schröder. Jene, die ihnen nachfolgten, streben nicht, ebenso wie ihre Vorgängerinnen, nach Ruhm und Anerkennung,

ihre Arbeit geschieht in der Stille, nicht bestrahlt von einer effektheischenden Publizität. Wer heute in einem freien Wohlfahrtsverband wirkt, muß über viel menschliche Güte, Liebe und über einen starken Fundus von Humanität verfügen.

Die gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der modernen Industriegesellschaft sind auch nicht ohne Einfluß auf die ursprüngliche Aufgabenstellung der Arbeiterwohlfahrt geblieben. Angesichts der Vollbeschäftigung, des Ausbaues unserer Sozialgesetzgebung, so unvollständig und bruchstückweise er auch erfolgen mag, der geplanten Reformen des Fürsorge- und des Jugendhilferechts und der Übernahme minimaler Existenzsicherung durch die Sozialversicherungsträger tritt die Notwendigkeit der materiellen Hilfeleistung immer mehr zurück vor dem Gebot, den Menschen vor der Isolierung im Wirtschaftsprozess zu bewahren. Lotte Lenke, die Geschäftsführerin des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt, drückte es in ihrem klugen und die soziale Wirklichkeit unserer Zeit in den Griff bekommenden Referat so aus: "Dem Äquivalent in Gestalt eines höheren Lebensstandards steht gegenüber ein Verlust an wesentlichen Dingen, die zum Menschsein gehören und ohne die der Mensch sich nicht voll entfalten und ohne die er weder selbst glücklich sein, noch andere glücklich machen kann ... Der Prozeß der Arbeitsteilung hat die Tendenz, das ganze Leben zu erfassen. Im menschlichen Bereich führt dies zur Isolierung, zu egozentrischem Verhalten, zu Kontaktarmut und Vereinzelung". Die soziale Arbeit in der Zukunft wird sich in der Form der Gruppenarbeit vollziehen, "weil diese ein Gegengewicht zu den Vereinzelungstendenzen des modernen Lebens schafft".

Innerhalb der bestehenden freien Wohlfahrtsverbände nimmt die Arbeiterwohlfahrt eine besondere Stellung ein. Ihre Arbeit wird getragen von dem Gedanken der Toleranz und dient den Rat und Hilfe suchenden Angehörigen aller Bevölkerungsschichten ohne Rücksicht auf deren politische, rassische und konfessionelle Zugehörigkeit.

Mit dem Wandel der Industriegesellschaft und ihren sozialen Begleiterscheinungen nimmt die Arbeiterwohlfahrt an Umfang und Intensität zu. Mit anderen Wohlfahrtsverbänden, mit denen gute Zusammenarbeit besteht, ist sich die AWO einig in der Abwehr der immer stärker werdenden Tendenz, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gewissermaßen zu Erfüllungsgehilfen des Staates abstempeln zu lassen. Die Arbeiterwohlfahrt tritt für die innere Autonomie und freie Entwicklung der Wohlfahrtsverbände ein, denn beides gehört zur Demokratie in einem sozialen Rechtsstaat.

Von der Reichskonferenz 1959 der Arbeiterwohlfahrt werden gewiß belebende Impulse ausgehen, die die künftige Arbeit stark befruchten werden. Die AWO hat in der Vergangenheit Großes geleistet, viel Leid gelindert, vielen Menschen geholfen; auch in der Zukunft wird sie darin nicht versagen. Dafür zeugen schon die Frauen und Männer, die selbstlos in diesem Verband der Wohlfahrtspflege wirken und ihr Leben in den Dienst einer Idee gestellt haben, die immer wieder den Menschen daran erinnert, das Gebot der tätigen Hilfe und Liebe für den Nächsten zu erfüllen.

+ + +

### Die Frau der Schweiz will mündig werden

KvK. Die kleine Musterdemokratie Europas, die Schweiz, die gern als Vorbild eines europäischen Staatenbundes angesehen wird, hat nach Ansicht der ihre Gleichberechtigung fordernden Frauen einen Schörheitsfehler: Die schweizer Frau besitzt wohl alle - vielleicht noch mehr - Pflichten der Allgemeinheit und dem Staat gegenüber, (denken wir nur an den Hilfsdienst, zu dem jede Frau in Notzeiten eingezogen werden kann), aber das Recht mitbestimmen zu dürfen, also das aktive und passive Wahlrecht, ist ihr bis heute verwehrt. Nehmen wir die Hälfte der Bevölkerung als Frauen an, wobei diese Kalkulation nach unten gegriffen ist, weil das weibliche Geschlecht auch in der Schweiz überwiegt, so haben praktisch nur 50 Prozent der Bevölkerung über das Wohl und Wehe des Staates zu befinden.

Gegen dieses Manko machen sich bereits seit Jahren die für die Gleichberechtigung auftretenden Frauen stark und es ist ihnen gelungen, zu Beginn des Jahres eine Volksabstimmung darüber zu erreichen. Diese verfiel allerdings der Ablehnung mit 654 924 gegen 323 307 Stimmen. Man darf aber dabei nicht vergessen, dass zu dem Referendum - nach dem gültigen Wahlrecht - nur Männer zugelassen waren und diese nach dem Motto "Eigennutz geht vor Gemeinnutz" den politisch dräuenden "Pantoffel" vorsorglich abschüttelten. Nur im französisch sprechenden Kanton Waadt wurde die Volksinitiative mit einem Mehr angenommen.

Im Kanton Wallis, der ebenfalls zu 70 bis 80 Prozent französisch sprechend ist, hatte die Gemeinde Unterbäch probeweise "männliche" und "weibliche" Urnen aufgestellt. Das Ergebnis war für das Recht der Frauen sehr günstig. Der weibliche Inhalt der Urnen wurde jedoch von der Regierung als ungültig erklärt und diese Tatsache, sowie das Ergebnis im Kanton Waadt hat die schweizerischen Frauen auf die Barrikaden gebracht und die Wortführerinnen zu Suffragetten gemacht.

Wer als Aussenstehender diese Probleme, die für uns Selbstverständlichkeiten wurden, beobachtet, kann sich mitunter eines Lächelns nicht erwehren, mit der die Epigonen von Lysistrata, der griechischen Rebellin, durch die Städte und Täler Helvetiens ziehen, um "mit Krallen" die "politische Untertanenschaft" abzuschütteln. Es gibt aber auch schmeichelnde Kätzchen, die - Frauen wollen ja immer die besseren Diplomaten sein und sind es auch oft - die den Männern den Bart kraulen und ihnen mit sachlicher Logik versuchen, das trojanische Pferd ins Bundeshaus hereinzureiten. Das sind die intellektuellen Frauen, zu denen Iris von Roten gehört, die nicht nur als Juristin, sondern als Sekundantin ihres Mannes, eines

Politikers und Parlamentariers, auf Grund der Kenntnis der Verfassung dieser eine Interpretation gibt, die beweisen soll, dass es nicht einmal einer Verfassungsänderung bedarf, um die Urnen mit weiblichen Stimmen zu füllen und die Bänke des Nationalrates abwechslungsreicher und wohl auch charmanter zu besetzen.

Dem Argument von "Lieschen Müller", der Stimme des "Mannes von der Strasse", dass die Landfrau von einem allfälligen Stimmrecht gar keinen Gebrauch machen könne, weil Haus und Hof bei der Weiträumigkeit des schweizerischen Landes nicht allein gelassen werden könne, tritt Gertrud Derendinger mit Vehemenz entgegen. Gertrud Derendinger ist im Vergleich zu Iris von Roten, die mit dem Florett die Siegfriedstelle der Männer sucht, die Frau aus dem Volk, deren Waffe der Holzhammer ist und auf die "Flegel" von Männern" und ohne "Ansehen der Person" frisch, frei und fröhlich losdrischt. Der Tatsache, dass das Wahlrecht der Frau für die schweizerische Landbevölkerung aber wirklich ein ernst zu nehmendes Problem ist, kommt sie allerdings trotz ihrer grossen Handgreiflichkeit nicht bei.

Hier liegt für unsere Begriffe in der Tat ein Handicap, weshalb die Schweiz in diesem Punkt der Demokratie noch rückständig erscheint. In der Schweiz liegen die Almen und Höfe so weit voneinander und von den Ortschaften entfernt, dass es immer einer kleinen Reise bedarf, um in die Dörfer zu gelangen. Wie soll aber eine Bauersfrau ihr Hauswesen und ihre Kinder stundenlang, ja halbtagsweise, allein lassen können, ohne ihre Pflichten zu versäumen?

Nachdem im Kanton Waadt die Barriere, die den Frauen den Eintritt ins politische Leben verwehrt, durch das Abstimmungsergebnis leicht angeknackt ist und den Waadtländerinnen bei kantonalen Abstimmungen das Stimmrecht eingeräumt worden ist, war es vorauszusehen, dass die Kommunisten diese Chance sofort ausnützen. So traten sie jetzt auf den Plan und haben als erste Partei der Schweiz auch eine Frau aufgestellt. Sie hoffen aus dieser Taktik entsprechendes Kapital zu schlagen, da die anderen Parteien des Waadtlandes sich von dem Ergebnis dieser Abstimmung für das Frauenstimmrecht anscheinend noch nicht recht erholt haben. Die grosse Unbekannte bei diesen kommenden Wahlen für den Ständerat wird daher die Frau sein, wird sie deshalb für die Kommunisten stimmen? Das ist zwar nicht zu erwarten, aber vorerst gibt eben die Frau den Politikern im Kanton Waadt ein Rätsel auf und vor diesem haben anscheinend die schweizerischen Männer Angst, weil sie sich nicht von dem "schwachen Geschlecht" ins Handwerk pfeuschen lassen wollen. Man sieht also auch hier: Die Demokratie ist eben doch eine schwere Sache, selbst in dem Staat, in dem sie bis zur letzten Konsequenz als der Weisheit letzter Schluss angesehen wird.

## Die Herbsttagung des Europäischen Parlaments

Von F. Georges, Straßburg

Obwohl die Tagesordnung für die am 22. September in Straßburg beginnende Sitzung des Europäischen Parlaments erst einige Stunden vor Sitzungsbeginn endgültig festgelegt wird, ist es doch so gut wie sicher, daß man die Dauer dieser Sitzungsperiode erheblich kürzen wird. Eine Reihe von Berichten der verschiedenen Ausschüsse wird endgültig erst für die Oktobertagung vorliegen.

Die sozialistische Fraktion wird kaum etwas gegen diese Entwicklung einzuwenden haben. Die auf diese Weise mögliche Beschränkung läßt eine gründliche Diskussion der verbleibenden Punkte der Tagesordnung erwarten. Gerade auf ihre Erörterung kommt es aber den Sozialisten an.

Bereits im Juni hatte die sozialistische Fraktion beschlossen, auf jeden Fall für die September-Tagung eine Debatte über den Stand und die Folgen der wirtschaftlichen Blockbildung im freien Europa zu fordern. Die bei den Verhandlungen zur Schaffung einer kleinen Freihandelszone in Stockholm erreichten Fortschritte machen heute diese Diskussion im Europäischen Parlament unumgänglich.

Darüber hinaus muß das Parlament mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Euratom selbst verfolgen. Schon die ersten Schritte zur Öffnung der Märkte und zur Gestaltung des Wettbewerbs auf dem Gemeinsamen Markt können richtungweisend für das zukünftige Schicksal der europäischen Integration sein. - Der von dem französischen sozialistischen Abgeordneten Henri Darras im Auftrage des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft ausgearbeitete Bericht, stellt deswegen auch sehr deutlich die Unzulänglichkeit der von der EWG-Kommission zur Öffnung der Märkte eingeleiteter Maßnahmen heraus, ohne andererseits die konstruktiven Ansatzpunkte zu übersehen. Sie sind eine Folge des ersten Schrittes zum gemeinsamen Markt, den die Mitgliedstaaten am 1. Januar dieses Jahres unternahmen.

Neben den Berichten wird eine Reihe von Exposés zur Diskussion stehen. - Besondere Bedeutung kommt dabei der Erklärung des italienischen Mitglieds der EWG-Kommission, Petrilli, über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft zu. Die Tatsache, daß die Lage im Jahre 1958 in mancherlei Hinsicht von der Konjunkturabschwächung in der Gemeinschaft beeinflußt wurde, und sich besonders die Beschäftigungslage wesentlich ungünstiger als im Jahre 1957 entwickelte, fordert die Sozialisten zu ernststen Überlegungen über die Sicherung der Vollbeschäftigung im Gemeinsamen Markt heraus.

Mit Interesse muß auch der Erklärung des neugewählten Präsidenten der Hohen Behörde für Kohle und Stahl entgegengesehen werden. Erwartet man doch neue Initiativen der Hohen Behörde zur Überwindung der Kohlenkrise und eine Stellungnahme zu den verschiedenartigsten Vorstellungen über eine künftige Umgestaltung der Montanunion. - Die sozialistische Fraktion muß ihrerseits von vornherein jeden Versuch ablehnen, der auf eine Schwächung der Gemeinschaftsorgane hinausläuft. Sie hat das bereits in der Erklärung ihres Vorsitzenden Willi Birkelbach am 26. Juni mit allem Nachdruck betont.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel